



DEUTSCHE WIRTSCHAFT BEVORZUGT GRÜNE GLOBALISTEN

Meuthens (verständlicher) Irrtum

Von WOLFGANG HÜBNER | Nach der EU-Wahl hat der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen geäußert, die erfolgreichen Grünen verstünden von Wirtschaft überhaupt nichts. Das mag aus der Sicht eines Professors der herkömmlichen Ökonomie eine nur allzu verständliche Auffassung sein. Aber im Zeitalter gigantischer Staatsverschuldungen und endloser Geldschöpfungen der Notenbanken sowie des daraus erwachsenden Zwangs zum Wachstum um jeden Preis ist das gewiss kein Argument, das die Grünen und ihre Wähler beeindrucken oder gar irritieren dürfte.

Was Meuthen jedoch noch viel nachdenklicher machen sollte: Weder die Realwirtschaft noch das System der abenteuerlichen Finanzspekulationen zeigt sich von den Wahlerfolgen der Grünen irgendwie beunruhigt. Warum auch? Denn bislang wird die ökonomische (Un)Ordnung von den Grünen nicht in Frage gestellt, ganz im Gegenteil zum gesellschaftlichen Zusammenleben. Für die auf Außenhandel gerichtete deutsche Wirtschaft sind die grünen Globalisten sowieso viel willkommener als die traditionellen Volkswirte der AfD. Und man hat in den Chefetagen und Wirtschaftsverbänden keineswegs vergessen, wer Schröders williger Partner bei der Durchsetzung von Hartz IV war.

Im gewissen Sinn sind die Grünen sogar die große Hoffnung etlicher Wirtschaftszweige in Deutschland. Denn die Einführung eines strengen Klimaregimes verspricht mehr Stimulierung des stagnierenden Wachstums. Wenn zum Beispiel Millionen Benzin- und Dieselfahrzeuge erst entwertet und dann von E-Autos ersetzt werden müssen, die dazu notwendige neue Infrastruktur geschaffen werden muss, dann gibt es etliche große Profiteure dieser Entwicklung. Um die unzähligen Verlierer machen sich die Managermillionäre so wenig Gedanken wie die Teilnehmer der Greta-Kreuzzüge.

Und die Grünen? Die werden die sozialen Probleme kaltlächelnd ihrem jeweiligen Koalitionspartner zuweisen. Die SPD haben sie mit dieser Methode schon ruiniert, die CDU wartet offenbar begierig darauf, das gleiche Schicksal zu erleiden. Es wäre gut, wenn unter den derzeit etwas niedergeschlagenen deutschen Patrioten und auch in der AfD-Führung begriffen würde, dass die Grünen bislang keineswegs als Gefahr für die Mächtigen und Mitprofiteure des real existierenden Exportkapitalismus betrachtet werden.

Im Gegenteil: Sie werden als nützliche politische Kraft verstanden und genutzt. Sollten die Grünen einmal das wirtschaftliche System in Frage stellen, wird sich das ganz schnell ändern. Aber warum sollten die Schmalspurakademiker und Berufslosen in der Deutschlandabschaffungspartei sich so in Gefahr bringen? Sie werden vielmehr weiterhin unauffällig alle gesellschaftlichen, politischen und auch ökonomischen Weichen in Richtung Abgrund stellen. Ihre Führer sind Leninisten genug, um zu wissen, dass die Kapitalisten gerne auch noch den Strick verkaufen, mit dem sie gehängt werden.

Doch diese Richtung gefällt offenbar immer mehr Deutschen. Die Rechnungen dafür werden gerade die Greta-Jünger künftig selbstverständlich noch präsentiert bekommen. Wenn Jörg Meuthen das befürchtet, unterliegt er ganz und gar keinem Irrtum.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



AfD: Keine Katastrophe, aber

ein Dämpfer

Von ROBERT ANDERS | Das Gesamtergebnis der AfD bei der EU-Wahl ist ohne Zweifel enttäuschend. Aber elf Prozent bei stark gestiegener Wahlbeteiligung, der hochprofessionell inszenierten Klimahysterie zugunsten der grünen Globalisten und unter dem frischen Eindruck der Strache-Affäre sind auch keine Katastrophe für die Partei. Sie sind allerdings ein ernst zu nehmender Dämpfer. Das gilt insbesondere für all jene, die immer noch glauben, Deutschland ließe sich allein mit Wahlerfolgen und parlamentarischem Fleiß retten.

Es sind allerdings ausschließlich die westlichen Landesverbände der Partei, die sich selbstkritisch mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob sie nach den vielen Erfolgen der Vergangenheit nicht allzu sehr darauf vertraut haben, im Defensivmodus zu neuen Siegen zu gelangen. Denn in den fünf östlichen Bundesländern hat sich bei der EU-Wahl die AfD überall als Volkspartei erwiesen, in Sachsen und Brandenburg sogar als stärkste Kraft, in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern als zweitstärkste Partei. Ohne die hohen Zuwächse im Osten hätte die AfD nur einseitig abgeschnitten.

Das wird und muss auch innerparteilich Konsequenzen haben. Zwar ist es in den längst nicht mehr neuen Bundesländern sehr viel einfacher und weniger gefährlich als im Westen, den politischen Kampf auch auf der Straße zu führen. Und die dortigen Deutschen sind realistischer eingestellt als ihre von der einen Illusion zur nächsten Hysterie hüpfenden Landsleute in der alten BRD. Doch die Westverbände der AfD müssen kreativere und offensivere Formen der politischen Aktion finden, um die Wähler auf die Partei aufmerksam zu machen.

Eine Schwachstelle des EU-Wahlkampfes der AfD war die fehlende klare Position zur Zukunft der EU. Der Eindruck vieler Wähler war: Die Partei ist ziemlich kritisch gegenüber der jetzigen

EU, aber gefährden will sie Brüssel und Straßburg auch nicht, sondern dort nur mehr vertreten sein. Immerhin: Das ist sie jetzt. Ob es etwas hilft, ist eine ganz andere Sache. Die AfD hat nach dieser Wahl ganz andere Sorgen. Denn die Kluft zwischen West und Ost, zwischen defensiver und offensiver Politik, ist gefährlich groß geworden.



Hochrechnung EU-Wahl: CDU/CSU 28,4 Grüne 20,7 SPD 15,5 AfD 10,8

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die Hochrechnung des ZDF um 23:30 Uhr liefert für die SPD den größten Schock: 15,5% ist das schlechteste Ergebnis, das die Spezialdemokraten jemals in Deutschland einführen. Damit rutschen sie um 12% im Vergleich zur letzten EU-Wahl ab. Mit Verlusten auch die CDU/CSU mit 28,4%, die 7% abgab. Dabei entfielen auf die CDU 22,3% und die CSU 6,1%, die in Bayern mit 39,5% unter 40% blieb, es also keinen positiven „Weber-Effekt“ gab. Die Grünen sind im Höhenflug mit 20,7% und gewannen damit 10%, wobei es starke Wählerwanderungen weg von der SPD und der Union zur Klimahysterie-Partei gab. Die AfD erreicht 10,8%, was zwar ein Plus von 3,7% ausmacht, aber trotzdem unter den optimistischen Erwartungen liegt. FDP 5,5%, Linke 5,4%, Die Partei 2,4% und Freie Wähler 2,1%.

Bei der Landtagswahl in Bremen sackt die SPD nach der [ersten amtlichen Hochrechnung](#) um 9% auf nur noch 23,8% ab und liegt damit seit 73 Jahren erstmals hinter der CDU, die auf 25,3% kommt. Grüne 17,1%, Linke 10,4%, FDP 5,6%, AfD 5,5% und Bürger in Wut 2,6%.

In Österreich wächst die ÖVP nach den ersten Prognosen um 7% auf 34,5%, was das beste Ergebnis ihrer Geschichte ist. Die SPÖ kommt auf 23,5%, die FPÖ rutscht auf 17,5% ab, die Grünen liegen bei 13,5%, die NEOS bei 8%.

In Italien hat die Lega einen Wahlsieg mit [über 30% errungen](#), das beste Ergebnis, das die Partei von Matteo Salvini je auf europäischer und nationaler Ebene erhalten hat. Abgeschlagen die sozialdemokratische PD mit 22% und die 5 Sterne-Bewegung mit 20%.

In Frankreich liegt Marine Le Pen mit 24% vor Macron mit 22%, die Grünen haben dort 12,5% und stehen damit vor den konservativen Republikanern von Ex-Präsident Nicolas Sarkozy.

In Polen ist die regierende PiS-Partei ersten Prognosen nach mit 42,4% als stärkste Kraft aus der Europawahl hervorgegangen. Die Europäische Koalition, deren größte Kraft die liberalkonservative Oppositionspartei Bürgerplattform von EU-Ratspräsident Donald Tusk ist, kann 39,1 Prozent auf sich vereinigen.

In den Niederlanden ist die Partei des Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten, Frans Timmermans, nach einer Prognose mit 18,4 Prozent der Stimmen überraschend stärkste Kraft geworden. Thierry Baudet, der neue Shootingstar der Rechten in dem Land, und sein Forum für Demokratie (FvD), landeten nur auf Rang vier.

In Schweden haben die Sozialdemokraten mit 23,6 Prozent gewonnen, vor den Moderaten mit 16,8%. Die rechtskonservativen Schwedendemokraten von Parteichef Jimmie Åkesson kommen mit einem Plus von 5,7 Prozentpunkten auf 15,5 Prozent und liegen

auf Platz drei.

In Dänemark hat die rechtskonservative Dänische Volkspartei schwere Verluste hinnehmen müssen und büßte im Vergleich zu ihrem Rekordergebnis von 26,6 Prozent bei der letzten EU-Wahl vor fünf Jahren mehr als 15 Prozentpunkte ein. Sieger ist die liberale Venstre-Partei von Regierungschef Lars Løkke Rasmussen mit ihrem wohl besten Ergebnis bei einer EU-Wahl überhaupt, vor den Sozialdemokraten.

In Tschechien ist die rechtskonservative Partei ANO von Ministerpräsident Andrej Babis mit sechs der insgesamt 21 tschechischen Sitze stärkste Kraft geworden. Auf den weiteren Plätzen folgten die Bürgerdemokraten (ODS) mit vier und die Piratenpartei mit drei Sitzen. Die einwanderungskritische Freiheit und direkte Demokratie (SPD) holte zwei Mandate. Die tschechischen Sozialdemokraten, der Juniorpartner in der Regierung mit ANO, haben dagegen eine schwere Niederlage erlitten. Die linke Traditionspartei CSSD konnte kein einziges ihrer bisherigen vier Mandate verteidigen.

In Rumänien haben die regierenden Sozialdemokraten deutliche Verlust erlitten. Die PSD kam laut einer Prognose am Sonntag auf 25,8 Prozent der Stimmen und büßte damit fast zwölf Prozentpunkte gegenüber der Wahl 2014 ein. Die liberal-konservative Partei PNL und das Bündnis USR-PLUS holten demnach zusammen knapp 50 Prozent der Stimmen.

In Finnland bleiben die rechtskonservativen Die Finnen auf 13,8 Prozent und liegen damit hinter Konservativen, Grünen und Sozialdemokraten nur auf Rang vier. Großer Gewinner in Finnland waren die Grünen, die um 6,7% zulegen und mit 16% Rang zwei hinter der konservativen Sammlungspartei belegen.

In Ungarn soll Viktor Orban auf 56% kommen und in Großbritannien die Brexit-Partei von Nigel Farage vor einem deutlichen Sieg stehen. In Belgien soll der islamkritische Vlaams Belang hinzugewonnen haben.

In Kroatien hat die konservative Regierungspartei HDZ (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) trotz Verlusten mit 23% gewonnen. Die oppositionelle SDP (Sozialdemokraten) kommen auf 18 Prozent und haben sich damit von zuvor 32% fast halbiert.

In Spanien hat die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) von Ministerpräsident Pedro Sánchez die Europawahl mit 32,8 Prozent klar gewonnen. Die konservative Volkspartei PP kommt nur auf 20,1 Prozent, die rechtskonservative Newcomer-Partei Vox auf etwa 6,2 Prozent.

In Portugal hat die regierende Sozialistische Partei (PS) von Ministerpräsident António Costa mit 30% bis 34% einen klaren Sieg errungen, vor der konservativ orientierten Sozialdemokratischen Partei (PSD) mit 20%-24% und dem marxistischen Linksblock, der auf 9%-12% kommt. Dahinter folgt die Demokratische Einheitskoalition CDU, ein Bündnis aus Kommunisten, Grünen und anderen linken Gruppierungen, mit 7%-9%.

In Griechenland ist die konservative griechische Partei Nea Dimokratia (ND) von Oppositionsführer Kyriakos Mitsotakis mit 33% stärkste Kraft geworden. Ministerpräsident Alexis Tsipras und seine Syriza erhielten 24%, die sozialistische Partei KINAL (Bewegung des Wandels) wird mit 7,3% drittstärkste Kraft. Die kommunistische Partei KKE an vierter Stelle mit 5,8% vor der rechtsextremistischen Partei Goldene Morgenröte, die mit 4,9% ihr Ergebnis von 2014 fast halbierte. Nach dem Wahldebakel kündigte Tsipras vorgezogene Neuwahlen an.

In den östlichen deutschen Bundesländern kommt Hoffnung aus Sachsen und Brandenburg, wo die AfD stärkste Kraft ist.
[Philosophia Perennis meldet:](#)

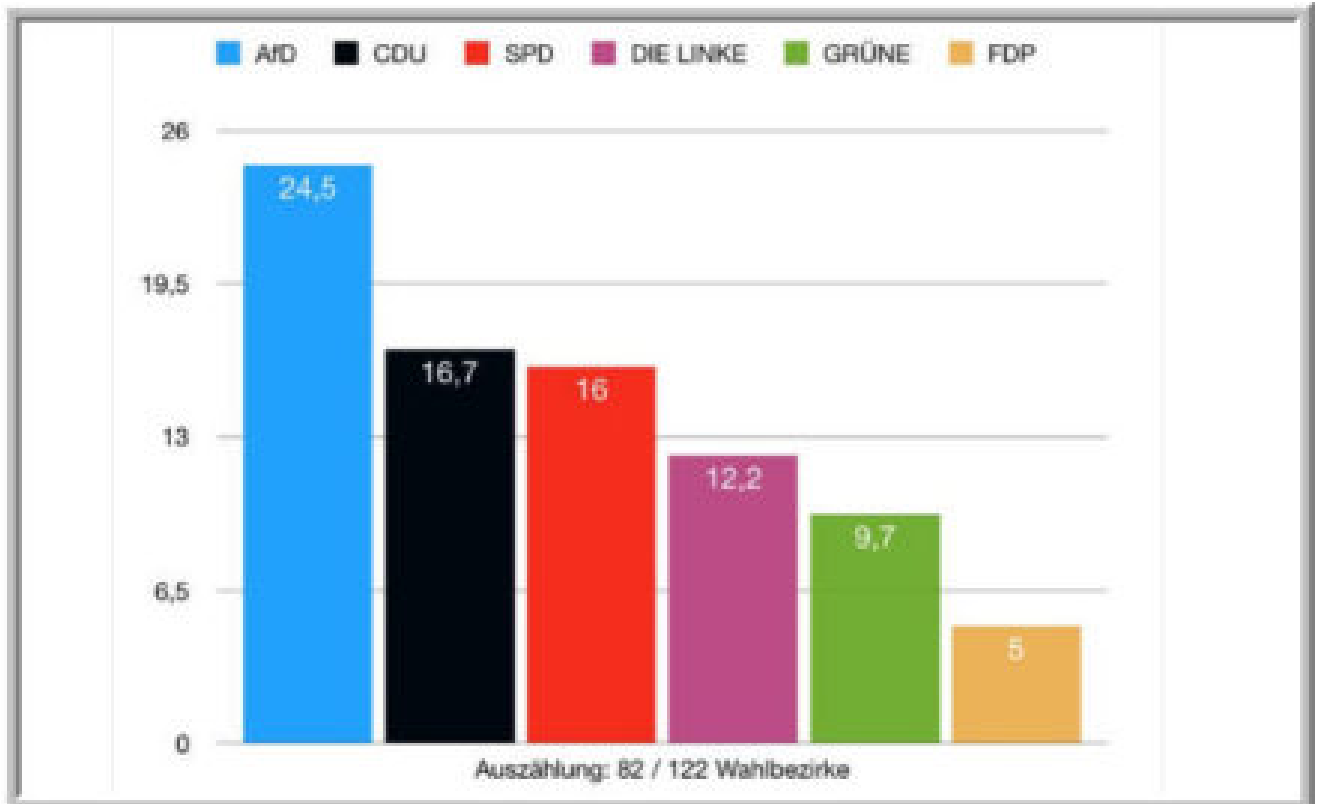
So frustrierend der Erfolg der Grünen in Gesamtdeutschland, so hoffnungserweckend der Erfolg der AfD in den „neuen Bundesländern“. N.tv berichtet zu Sachsen:

„In Sachsen führt bei der Europawahl nach Auszählung von etwa einem Fünftel der Stimmbezirke die AfD vor der CDU. Die Alternative für Deutschland kommt nach Zahlen des Statistischen Landesamtes zunächst auf 31,4 Prozent, die CDU auf 27. Die Linke hat zunächst 9,4 Prozent, die SPD 7,4 Prozent. Für die Grünen stehen 5 Prozent zu Buche, für die FDP 4,5 Prozent.“

Dasselbe gilt für Brandenburg. Die BZ berichtet: „Die AfD liegt in Brandenburg nach der Hälfte der Europawahl-Auszählung vorn. Danach kam die Partei auf rund 22,1 Prozent der Stimmen. Bei der Europawahl 2014 erzielte die Partei aus dem Stand heraus 8,5 Prozent.“

In Thüringen könnte die AfD die CDU, die derzeit in Führung liegt, noch überholen.

Cottbus ist ein blauer Leuchtturm:

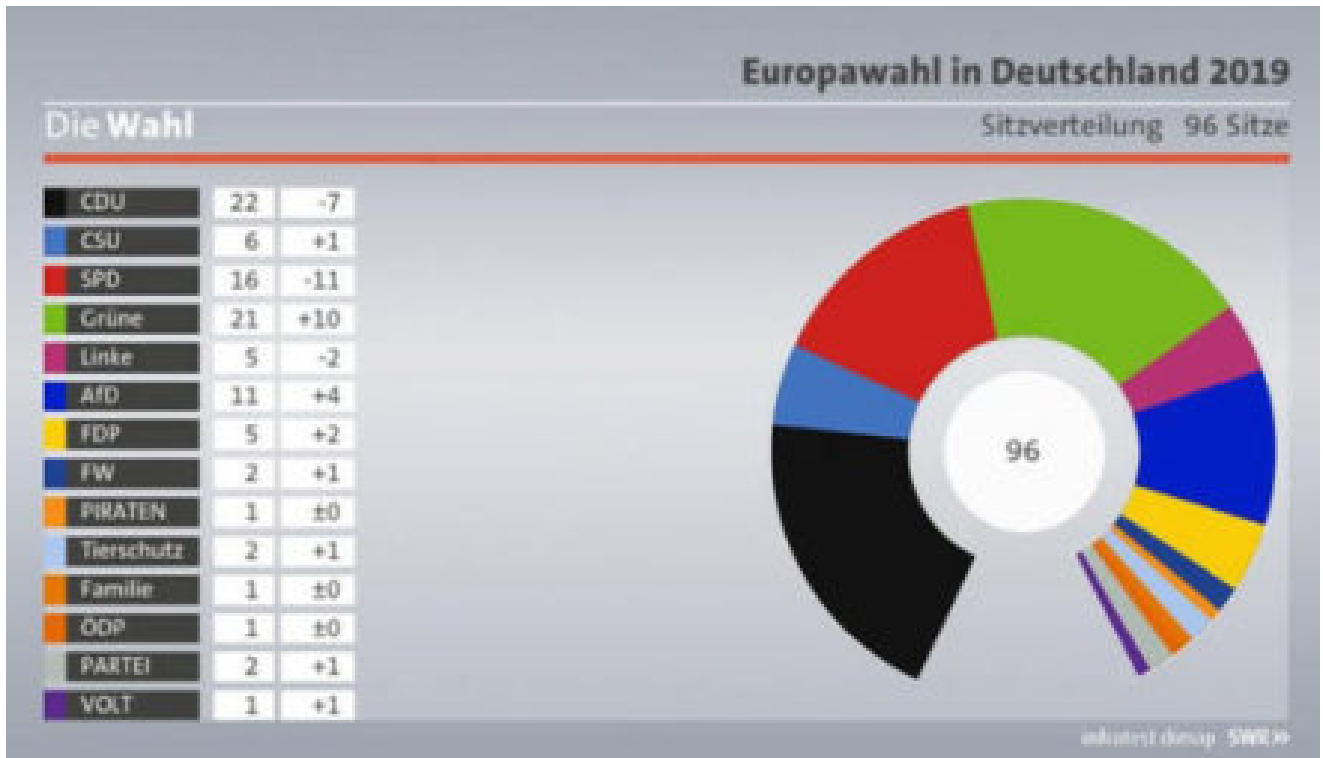


Solche Grafiken sind irgendwann einmal für Deutschland zu erhoffen, wenn der grüne Luftballon erste einmal geplatzt ist

und die linken Träumer auf den harten Boden der Realität prallen. Wohin aber die Reise bei der linksgrünen Indoktrination in Schulen geht, zeigt die Hochrechnung bei den Erstwählern von infratest dimap:



Die Sitzverteilung sähe für die deutschen Parteien im EU-Parlament so aus:



Prof. Jörg Meuthen zur Wahl:



Die Stunde Null

Von PETER BARTELS | Es ist soweit, der Tag der Tage ist da. Heute entscheidet sich das Schicksal Europas. Heute wird das Christliche Abendland endgültig Merkels Moslem-Massen übergeben. Oder nicht. D-Day. Deutschland-Tag. Der Tag, der nie zu Ende geht, hat begonnen. Oder der Tag, an dem Deutschland, Europa, die Welt gerettet wird ...

Alle GRÜNEN, SED-Roten und SPD-Untoten haben ihre Antifa-Truppen, ohne Gott aber mit Genderhand, wochenlang Plakate des Fähnleins der letzten Aufrechten mit Chestertons Gesundem Menschenverstand abreißen, zertrampeln, zerstören lassen. Sogar eine missbrauchte Feuerwehr mußte vorneweg die Leiter ausfahren ... Sie haben die Menschen in Radio, Glotze und Blätter der gewaltigsten Gehirnwäsche aller Zeiten unterzogen. Waterboarding in Guantanamo? Lauwarme Dusche! Jeder Molotowcocktail war erlaubt. Vom Kneipenverbot in Berlin bis zur Venusfalle auf Ibiza. Immer neuer Tagesbefehl: Prekarier aller Länder vereinigt Euch. Es geht um unsere Demo-Dukaten, unsere Posten und Paläste ...

War trotzdem alles vergeblich? Ja! Aber nur, wenn sich heute endlich die Verzagten und Verkniffenen ein Herz nehmen, mit ihrem Kreuz sagen, was sie wollen, was sie nicht wollen: Keine Unterwerfung unter eine selbsternannte, selbstgerechte Adels-Kaste von EUnuchen, saufender, sabbernder Selbstbereicherer, die sich von Flaschenrentnern, Hunger-Taflern und blauen Ameisen feudal mästen lassen ...

Keine Unterwerfung unter einen Halbmond, der sich die Christenverfolgung, die Vielweiberei, die soziale Rundumversorgung bis zur Frühverrentung von denen bezahlen lässt, die er ins Meer jagen will und wird. Juden first, dann die Christen. Ob heute oder morgen. Jedenfalls dann, wenn sie endlich die Mehrheit in Kita, Schule, Polizei, Bundeswehr, Kommunen, Parlamenten haben. Jene, die sie heute noch mit Burka und Betschwestern anhimmeln, werden die Ersten sein, die am Kran baumeln ...

Nichts mehr, nichts weniger wird heute in der Wahlkabine entschieden. Darum: Sesselfurzer aller Reihenhäuser bewegt Euern Arsch, schleicht, schlurft, humpelt, rollt zum Wahllokal. Sagen wir's mit dem ollen Willem Zwo: Auf, an die Urne! Sagt endlich, was Ihr nicht mehr wollt. Sagt, was ihr wollt.

Nochmal Willem aus dem Gestern ins Heute übersetzt: Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat an Deutschland, an Europa ... Noch nie ward Europa überwunden, wenn es einig war, selbst wenn die Nazis kamen. Dieses Europa hat dann sogar Deutschland von ihnen gerettet. Heute sind wir, die Deutschen, dran, das Europa der Vaterländer zu retten. Vorwärts mit oder ohne Gott, wie er mit den Vätern war. Die Mütter waren eh immer dabei. Ohne Quote, aber mit Kind und Kegel ...



Ex-BILD-Chef
Peter Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Davor war er daselbst über 17 Jahre Polizeireporter, Ressortleiter Unterhaltung, stellv. Chefredakteur, im "Sabbatjahr" entwickelte er als Chefredakteur ein TV- und ein Medizin-Magazin, löste dann Claus Jacobi als BILD-Chef ab; Schlagzeile nach dem Mauerfall: "Guten Morgen, Deutschland!". Unter "Rambo" Tiedje und "Django" Bartels erreichte das Blatt eine Auflage von über fünf Millionen. Danach CR BURDA (SUPER-Zeitung), BAUER (REVUE), Familia Press, Wien (Täglich Alles). In seinem Buch "Die Wahrheit über den Niedergang einer großen Zeitung" ([KOPP-Verlag](#)) beschreibt Bartels, warum BILD bis 2016 rund 3,5 Mio seiner täglichen Käufer verlor; inzwischen mehr als 4 Mio. Bartels ist zu erreichen [über FB](#) und seinen Blog [bartels-news.de](#).



Gottfried Curio: „Am Sonntag 14 Prozent plus ein großes X für die AfD“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Donnerstag Nachmittag kam ich von der Vortragsreise im Rahmen der Patrioten-Tour bei dem Youtube-Journalisten Oliver Flesch zurück nach Deutschland. Es wurde ein brachialer Kulturschock, denn am Vorabend konnte ich noch eine Diskussionsrunde mit 22 Bürgern erleben, die trotz medialer linksgrüner Dauer-Indoktrination ihren gesunden Menschenverstand bewahrt haben. Als ich dann vom Münchner Flughafen nach Starnberg zur AfD-Kundgebung auf dem Kirchplatz kam, musste ich mich durch eine lärmende Menge geistig gleichgeschalteter linker Realitätsverweigerer bahnen, die mit Besen bewaffnet den „Dreck“ von den politisch Andersdenkenden der AfD wegfegen wollten.

Natürlich versuchte ich mich dort auch mit Interviews wieder in die Köpfe dieser Menschen hineinzufragen, inklusive des gegenbimmelnden evangelischen Pfarrers und einiger CSU-Mitglieder, was in Kürze auch als weiteres erhellendes Video zu genießen ist. Welch Erholung war dann die anschließende AfD-Veranstaltung in der Schlossberghalle, in der Dr. Gottfried Curio eine wie immer brillante Rede hielt, die voll zündendem Esprit und intellektueller Schärfe war.

Im Interview mit PI-NEWS (*Video oben*) ging er auf das immer größer werdende Interesse der Bürger ein, sich sachlich mit der AfD auseinanderzusetzen. Die Deutungshoheit des linksmedialen Komplexes stelle sich mittlerweile selbst in Frage, denn vielen Menschen falle auf, welche absurde Züge das Bashing gegen die AfD angenommen habe. Beispielsweise die Projizierung des Fehlverhaltens zweier FPÖ-Politiker auf eine Partei des Nachbarlandes. Es gebe eine andere Wahrheit neben derjenigen der Mainstreampresse und die extreme Verleumdung würde immer mehr Bürgern auffallen.

AfD-Positionen würden hoffähiger, da sie sich schließlich auch in europäischen Nachbarländern wachsender Beliebtheit erfreuten und dort teilweise auch schon in Regierungsverantwortung befänden. Die bewundernswerten Umfragewerte der britischen Brexit-Partei von Nigel Farage, die sich in Richtung 40% bewege, seien aufgrund der erschwerenden deutschen Sonderstellung momentan noch unerreichbar, aber Curio könne sich am Sonntag durchaus 14% plus ein großes X für die AfD vorstellen.

In seiner Rede bedauerte er, dass der österreichischen Schwesterpartei gerade schwer zugesetzt werde. In den letzten Tagen sei es wesentlich, den Wechselwählern und Unentschiedenen die Positionen der AfD zu erklären. So habe sich das EU-Parlament weg von einer nützlichen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von sechs autonomen Ländern hin zu einem vielstaatlichen politischen Monstrum entwickelt, das jedes seiner Mitglieder immer weiter gehenden Bestimmungen unterwerfen wolle. Die AfD könne nur innerhalb dieses Gebildes etwas verändern. Ziel sei eine grundlegende Reform oder eben ein Ausstieg.

Das Beispiel Großbritannien zeige, dass die EU auch ein Gefängnis sein könne. Man wolle die Briten nicht ziehen lassen, sondern an diesem zweitgrößten Nettozahler ein Strafexempel statuieren, um ihn nicht unbeschädigt ziehen zu lassen. Ein Wirtschaftsgebilde müsse aber frei von sachfremden

politischen Erpressungsregularien sein. Deutschland zahle und hafte und daher sei diese politisch überkonstruierte EU nicht im Interesse unseres wirtschaftlich gesunden Landes.

Ein Bewahrer der Nationalstaaten sei keineswegs ein Nationalist. Man könne ja mal versuchen, einem Franzosen zu erzählen, dass er keine Nation mehr habe, dann werde sich die Gelbweste schnell blutrot vor Zorn färben. Deutschland müsse den natürlichen, aufrechten und normalen Gang der Völker wieder lernen. Die EU der Altparteien würde ein ewiges Versailles werden, nur die AfD könne dies verhindern.

Die EU sei nicht Europa, sondern ein Moloch mit einem Haufen schlecht ausgehandelter Verträge, die noch dazu ständig gebrochen werden würden. Die EU müsse ein Haus sein, in dem jeder seine Wohnung habe und man nützlich zusammenlebe, aber keine Wohngemeinschaft, in der sich jeder am Kühlschrank bediene, aber keiner Lust habe, den Müll rauszutragen. Wenn der französische Präsident Macron behauptete, er halte uns die Hand hin, dann sei es vielmehr so, dass er die Hand aufhalte. Er wolle seine ausufernden Sozialausgaben vergemeinschaften, also von anderen bezahlen lassen. Die deutsch-französischen Beziehungen seien zudem gepflastert mit der Abwicklung deutscher Unternehmen, beispielsweise Hoechst, Saba und Nordmende.

Die Krankheit der EU sei ihr Subventionssystem. Curio stellte klar, dass die AfD ein Europa mit einem gemeinsamen Binnenmarkt befürworte, aber nur mit souveränen Nationalstaaten. Es sollten kleine Währungsverbände geschaffen werden, die den Staaten im Süden die Möglichkeit zur heilsamen Währungsabwertung ließe. Die AfD wolle in der EU gute Freunde haben, aber gute Freunde hätten eben getrennte Kassen.

Der Euro bedeute Raub, die EU Entrechtung, und hiergegen müsse man entschieden kämpfen. Wenn Brüssel behauptete, man müsse nur Geld in die Hand nehmen, um alles in Ordnung zu bringen, könnten die deutschen Bürger sicher sein, dass diese Hand

zuvor in ihren Taschen gewesen sei. Die EU fahre in die falsche Richtung und verdopple gerade dabei ihr Tempo. Diesen EU-Besoffenen müsse man die Flasche wegnehmen und wieder den Blick auf das Machbare richten. Die EU sei die Zerstörung der nationalstaatlichen Vielfalt Europas.

Bei der Migration gebe es jetzt Bestrebungen, die Seenotrettung zu automatisieren, was ein Durchwinken aller im Mittelmeer aufgenommenen Asylsuchenden nach Europa bedeuten würde. Hiermit würde ein weiterer Magnet angeschaltet, der die Wanderungsbewegungen verstärken würde. Man brauche sich nicht wundern, wenn man am Abgrund zwischen Europa und Afrika mit der Wurst wedele, dass dann einige den Sprung nicht schaffen würden.

Zusätzlich fordere das EU-Parlament ein neues erleichterndes Visa-System, bei dem man überall auf der Welt ein Visum beantragen und sich das gewünschte Zielland aussuchen könne, was den Turbo in Richtung Deutschland verstärken würde.

Zu Deutschland gehörten mittlerweile Messerattacken, Ehrenmorde, Vergewaltigungen und die Ratschläge an Frauen, nicht mehr alleine zu joggen und nachts nicht mehr alleine unterwegs zu sein. Wir bräuchten angesichts der sich rapide verschlimmernden Zustände keine Willkommens-, sondern eine Verabschiedungskultur.

Curio zitierte die ungeheuerliche Behauptung Merkels, das Volk seien die Menschen, die in einem Land dauerhaft lebten, und nicht irgendeine Gruppe, die sich als Volk definiere. So sehe die Bundeskanzlerin das deutsche Staatsvolk als irgendeine Gruppe neben anderen, die sich hier aufhielten.

Das Ziel von Merkel & Co sei es, dass alle Migranten bleiben dürften, wobei man sich dann übermorgen in der Wahlkabine wiedersehen würde. Unser Rechtsstaat existiere aber entweder als deutscher Nationalstaat, oder er existiere überhaupt nicht. Nur die AfD wolle und könne ihn verteidigen.

Immer wieder werde behauptet, die EU sei als Friedensprojekt notwendig. Die Situation Deutschlands ähnele aber der eines Dorftrottels, der prahle, wie viele neue Freunde er gewonnen habe, seit er ausgenommen werde. Deutschland dürfe aber nicht der Dorftrottel Europas werden. Es habe das Recht wie alle anderen Völker, Nationalstaat, Vaterland und Heimat zu sein und zu bleiben. Die Afd stehe konsequent für diese Werte.

Sinn und Ziel dieser EU sei aber die Entmachtung ihrer Mitglieder sowie die Entrechtung und Zerschlagung der Nationalstaaten. Die AfD wolle die Schäden dieser Fremdbestimmung beseitigen und sei daher die einzige Hoffnung für unser Deutschland. Hier die fulminante Rede von Dr. Gottfried Curio:

In Kürze folgt noch ein hochinteressantes Interview mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Hebner und ein Bericht über die linke Gegendemo zur AfD-Kundgebung am Kirchplatz in Starnberg.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine

fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Video: Heinz-Christian Strache geht in die Offensive

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der ehemalige österreichische Vizekanzler hat am Freitag um neun Uhr auf Facebook eine persönliche Stellungnahme abgegeben (*Video oben*). Er versicherte, dass keine der in dem illegal aufgezeichneten und in privater Atmosphäre aufgenommenen Ibiza-Video dargestellten „Hirngespinnste“ auch nur ansatzweise in der Realität weitergesponnen oder gar umgesetzt worden seien. Sie wären allesamt politisch inakzeptabel und ausschließlich im Rahmen einer siebenstündigen privaten Unterhaltung entstanden, deren Vorlauf und Entwicklung in dem nur siebenminütigen Video-Ausschnitt nicht wiedergegeben seien. Er schäme sich für diesen Auftritt in privater Urlaubssituation, wenngleich es wohl keinen Politiker gebe, dem zur Verwirklichung seiner politischen Ziele solche theoretischen Gedankenspiele fremd seien.

Um Schaden vom Land abzuwenden und die Fortsetzung der Regierung nicht zu gefährden, sei für ihn die Übernahme der vollen Verantwortung durch Rücktritt von allen politischen

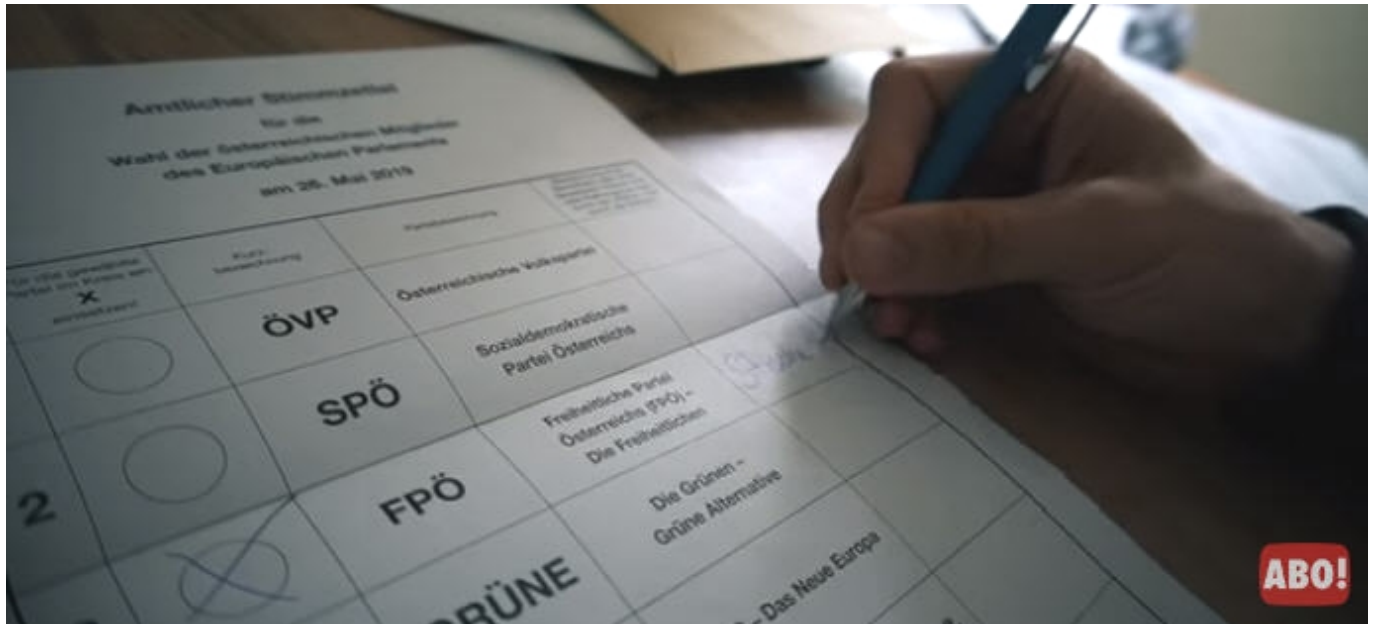
Ämtern selbstverständlich gewesen. Strache versicherte, dass es keine zusätzlichen Videoausschnitte geben könne, die weiteres belastendes Material enthalten oder gar Drogenkonsum sowie sexuelle Handlungen zeigen könnten, wie es gerüchteweise wohl kolportiert worden sei. Er habe die vorgeblich lettische Dame und ihren Begleiter nach dem Abend in der Villa nicht mehr getroffen.

Heinz-Christian Strache habe zudem in Wien Strafanzeige gegen zumindest drei Personen gestellt, die bis jetzt wohl als mögliche Mittäter bekannt geworden seien. Es müsse alles unternommen werden, um die Hintermänner zu entlarven, die mit hohem finanziellen Aufwand einen Angriff auf die Stabilität der österreichischen Regierung auslösten. Die Medien würden derzeit einen aner kennenswerten Beitrag zur Aufklärung dieses Skandals leisten.

Heinz-Christian Strache hat nach meiner festen Überzeugung, genauso wie alle anderen Politiker, die sich in der Vergangenheit gravierendes Fehlverhalten leisteten und trotzdem ein politisches Comeback erlebten, ebenfalls eine zweite Chance verdient. Aus dem Polizistenschläger Joschka Fischer beispielsweise wurde ein Außenminister, aus dem Totfahrer Otto Wiesheu gar ein Verkehrsminister und aus dem Schwarzgeldkoffer-Annehmer Schäuble ein Finanzminister. Strache leistete in der türkis-blauen Regierung hervorragende Arbeit und setzte Reformen in die Tat um, die zuvor jahrelang in der rot-schwarzen-Filzkoalition verschleppt worden waren. In dem folgenden Video, das der Journalist Oliver Flesch vor drei Tagen mit mir aufnahm, drückte ich die Hoffnung aus, dass es HC Strache gelingt, seine politische Reputation wiederherzustellen:

Wie es Martin Sellner [in seinem aktuellen Video](#) „Strache voten gegen Böhmermann-Quoten“ darstellte, kann man bei der Abgabe seiner Stimme bei der EU-Wahl in Österreich nicht nur eine Partei ankreuzen, sondern auch einem Politiker seine

„Vorzugsstimme“ geben:



Da Heinz-Christian Strache auf Platz 42 der FPÖ-Liste steht, kann er theoretisch [ins EU-Parlament gelangen](#), wenn ihm etwa 25.000 Österreicher [ihre Vorzugsstimme geben](#), was nach dem Ergebnis der letzten Wahl im Jahr 2014 rund 5% der FPÖ-Wähler entsprechen. Das wäre die richtige Antwort auf die massive linke Verleumdungskampagne, die seit der Veröffentlichung dieses Videos nicht nur gegen ihn als Person, sondern die gesamte FPÖ und idiotischerweise auch noch gegen alle anderen rechtskonservativen Parteien in Europa läuft. So ruft die Identitäre Bewegung [die Österreicher auf](#), Strache zu wählen:

Mit seinem ungewöhnlichen Wahlauftritt will Sellner den Medien zeigen, dass ihre Zersetzungstaktiken nicht funktionieren. Unter dem Motto „Österreich wählt zurück“ will er dazu beitragen, HC Strache den Sprung ins EU-Parlament zu ermöglichen. Das würde nämlich eine Sturzflut an linken Tränen erzeugen. Martin Sellner erklärt in einem Video, dass er die FPÖ nicht nur aus Trotz wähle, sondern auch als Anerkennung für den Kampf der FPÖ gegen den Bevölkerungsaustausch.

Im PI-NEWS-Kommentarbereich ist die Diskussion eröffnet, was

unsere Leser von einem solch raschen politischen Comeback von Heinz-Christian Strache halten.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Zimniok: Antifa auf Terrorliste – Hahn zu bei Migrationspolitik

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Bernhard Zimniok ist einer der vielen gut ausgebildeten Politiker in der AfD. Im Gegensatz zu anderen Parteien, bei denen sich Geschwätzwissenschafts-Studienabbrecher tummeln, hat der 65-jährige Münchner Nachrichtentechnik und Politikwissenschaft studiert und abgeschlossen. Wie auch der Bayerische Rundfunk Mitte März [über ihn berichtete](#), war er Oberstleutnant bei der Bundeswehr, bis er nach 15 Jahren im Truppendienst Diplomat bei der Deutschen Botschaft wurde. Zunächst fünf Jahre als Referent Politik und Legationsrat I. Klasse in Syrien, dann vier Jahre in gleicher Tätigkeit in Pakistan, wo er zusätzlich Sicherheitsdirektor war. Anschließend arbeitete er drei Jahre bei Entwicklungsprojekten in Afrika.

Bernhard Zimniok hat also ausreichend Auslandserfahrung, vor allem in islamischen Ländern, was ihn auch zu einem überzeugten Islamkritiker machte. Im Wirtschaftsleben kennt er sich ebenfalls gut aus, da er zehn Jahre lang Geschäftsführer einer GmbH war. In seiner Rede in Erding erntete er Beifallsstürme, als er es als eine seiner Hauptaufgaben im EU-Parlament bezeichnete, die „Antifa“ auf die Terrorliste setzen zu lassen.

Nicht nur die Einschüchterungsversuche und Drohgebärden bei AfD-Kundgebungen, wie sie die AfD auch wieder [jüngst in Erding](#) und [in München erleben](#) musste, sondern auch die körperlichen Attacken auf Personen, der Vernichtungswillen gegenüber Fahrzeugen, die Stigmatisierung durch Hausbeschmierungen und der Versuch der gesellschaftlichen Ächtung durch Verleumdungen erinnerten nicht nur an unselige Zeiten des National-Sozialismus im Dritten Reich und International-Sozialismus in

der DDR – Zimniok sieht uns bereits mitten darin.

Im Interview mit PI-NEWS (*oben*) kündigt er auch an, dass er im EU-Parlament dazu beitragen wolle, den Hahn in der „unseligen“ Migrationspolitik zuzudrehen. In Verbindung mit den anderen national gesinnten Parteien Europas, die sehr stark werden dürften, würden sie dieses Problem an der Wurzel anpacken. Die Herstellung der Sicherheit für die Bürger sei das große verbindende Element all dieser Parteien.

Die Süddeutsche Zeitung [schrieb am 1. Mai](#) über ihn:

Spricht man länger mit ihm, dominieren negative Erinnerungen; und daher rühren seine Ansichten zu Islam und Migration. „Im Grundsatz transportieren wir uns ein Weltbild ins Land, das nicht kompatibel ist mit unserer Gesellschaft, in der sich jeder verwirklichen will und kann“, sagt der AfD-Kandidat. Und: „Strategisch gesehen ist die unkontrollierte Migration eine Bedrohungslage für Europa.“

Mit ihm kann die AfD ihr Kernthema bespielen: Flüchtlinge. Der Kandidat habe sich „ein realistisches Bild von den Menschen, den verschiedenen Kulturen und politischen Problemen in der Welt machen können“, gratulierte die bayerische Fraktionschefin Katrin Ebner-Steiner, als Zimniok bei der Listenaufstellung in Magdeburg den guten Platz erreicht hatte. (..)

In die AfD trat er 2015 ein. Am Hauptbahnhof München habe er Flüchtlinge gesehen, die Bierdosen wegwarfen, und eine arme Rentnerin, wie sie diese sammelte. Das sei sein „Schlüsselmoment“ gewesen. Mitunter hat er auch von einem anderen „Schlüsselmoment“ berichtet: wonach er und seine Gattin beim Einkaufen von ausländischen Flegeln bedrängt wurden; vielleicht gibt es ja zwei Schlüsselmomente. Jedenfalls habe er sich davor hie und da Parteien unverbindlich angeschaut, auch mal Pegida – die AfD habe ihn dann überzeugt.

Mit dem Islam, den er als große Bedrohung identifiziert hat, kennt sich Zimniok bestens aus:

Schon zur Bundestagswahl 2017 war der gebürtige Oberpfälzer Kandidat, ohne Erfolg; bei der Landtagswahl verzichtete er, Regionales sei nicht in seinem Fokus, sondern Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Und eben der Islam: Zimniok kann Stunden dazu referieren, den Hauptvortrag hat er inzwischen auf anderthalb Stunden „gestrafft“. Er glaubt nicht, „dass man einen Euro-Islam entwickeln kann, das gibt die Religion nicht her“. Deutschland drohe eine Islamisierung: „Wenn nur wenige Prozent der Zugezogenen militante Islamisten sind, deren bestimmendes Element die Scharia ist, reicht das schon für Unruhen. Das wären vielleicht 10.000 Menschen, und dann kann schnell eine Gruppendynamik entstehen.“ Er habe in Pakistan „physisch erlebt“, wie man „in fünf Minuten Hunderte wütende Leute auf den Dorfplatz bringt. Da heißt es: Jemand hat Muhammad beleidigt und es kommt zu Unruhen.“ In der AfD nehmen sie solche Schilderungen begierig auf.

Er plädiert für Grenzschutz und Abschieben, er will „Anreizsysteme abbauen, kein 24-Stunden-Sozialstaat, den rollenden Zug stoppen“. Oft kommt beim Reden der Soldat durch: „Worst-Case-Szenario“, „robuster Vollzug“, „Gefahrenabwehr“, „Islam zurückdrängen“. Das harte Wort liegt ihm eher als das leichte.

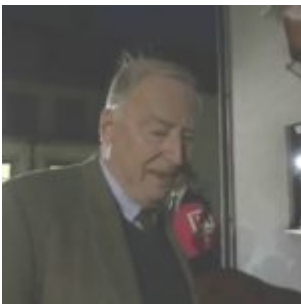
Bernhard Zimniok ist ein authentischer und kompetenter Kandidat, der zu Recht auf Platz 5 der AfD-Liste der EU-Wahl steht und damit bayerischer Spitzenkandidat ist.

(Kamera: Chris)



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Gauland: „Müssen im EU-Parlament weiteren Unsinn verhindern“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Dr. Alexander Gauland war am vergangenen Montag bei einer Saalveranstaltung zusammen mit

dem wohl besten Redner des Deutschen Bundestages, [Dr. Gottfried Curio](#), vielumjubelter Gast im vollbesetzten Saal eines Gasthauses im Kreis Erding. Der Andrang war so groß, dass die Veranstaltung per Lautsprecher noch in eine zweite Räumlichkeit übertragen wurde, in dem weitere rund 80 Bürger saßen. Ein Indiz, dass im ländlichen Raum die AfD enormen Zuspruch besitzt, was in den größeren linksdominierten Städten leider noch nicht in dieser Form der Fall ist.

Im Interview mit PI-NEWS geht Gauland auf die große Bedeutung ein, die die EU-Wahl für die Zukunft Deutschlands hat. Es sei höchste Zeit, dass die AfD dort ihren Teil dazu beitrage, den größten Unsinn zu verhindern. Dies könne im Verbund mit anderen rechtskonservativen Parteien Europas gelingen, bei denen die AfD vor allem im Bereich Migrationspolitik die gleichen Überzeugungen habe. Wenn dieses EU-Parlament sich nicht grundlegend reformieren lasse, dann sei dessen Auflösung das langfristige Ziel der AfD.

Hinsichtlich des antidemokratischen Verhaltens der Altparteien im Bundestag, vor allem auch bei der Wahl eines AfD-Bundestagsvizepräsidenten, sieht Gauland keinerlei positive Entwicklung. Diese Blockadepolitik der Etablierten werde wohl die nächsten Jahre so weitergehen, was die AfD aber eher noch zusätzlich ansporne. Mit seinen ehemaligen Parteikollegen der CDU habe er keinen Kontakt mehr. Vom Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble, mit dem er früher zu tun gehabt habe, sei er sehr enttäuscht, denn er habe die Blockadehaltung verteidigt.

Bei der Veranstaltung in Erding war in der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Wolfgang Kellermann zu hören, dass Alexander Gauland so langsam schon über ein Ende seiner langen politischen Karriere nachdenkt. Dies wäre höchst bedauerlich, denn er ist ein kluger Vordenker und aufgrund seines parteiinternen diplomatischen Geschicks auch ideal geeignet, um den „gärigen Haufen“ zusammenzuhalten.

Seine große Erfahrung, die er in 40 Jahren CDU-Parteizugehörigkeit sammeln konnte, in der er Frankfurter Magistrat war, im Bundesumweltministerium arbeitete und vier Jahre lang die Hessische Staatskanzlei leitete, kommt der jungen Partei zugute. Vielleicht nimmt er sich ja doch ein Vorbild an Konrad Adenauer, der noch bis ins hohe Alter von 87 Jahren Bundeskanzler war. Die große Beliebtheit Gaulands spürte man auch beim Einzug in den Erdinger Festsaal:

Am 1. Mai trat Alexander Gauland auch zusammen mit Björn Höcke bei der AfD-Kundgebung in Erfurt auf ([PI-NEWS berichtete](#)). Seine Rede ist [im Gesamtvideo](#) von Minute 49:45 bis 1:13:50 zu sehen, Höcke folgt von 1:14:20 bis 1:34:40. Die nächsten drei Wochen bis zur so wichtigen EU-Wahl dürften intensiv und spannend werden.

(Kamera: Michael Stürzenberger & Chris)



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese

Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Curio: EU ein Instrument zur Vergewaltigung der Nationalstaaten

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Montag begeisterte der AfD-Bundestagsabgeordnete Dr. Gottfried Curio die 400 Zuhörer in Erding restlos. Seine brillante, fachlich hochkompetente und mit rhetorischen Spitzen gespickte Rede führte immer wieder zu Beifallsstürmen und am Ende zu minutenlangen Standing Ovations. Im Interview mit PI-NEWS (*oben*) spricht er über die große Aufgabe, die die AfD in der riesigen Baustelle EU anzupacken habe. Diese Organisation sei nicht mehr der Kooperation gewidmet, sondern der Vergewaltigung der Nationalstaaten. Dort würden die Interessen international agierender Unternehmen wahrgenommen, aber nicht mehr die der Völker.

Die Sozialdemokratie setze sich nicht mehr für den deutschen Arbeitnehmer ein, sondern für globalistische Interessen. Mehr als 50% der Bevölkerung lehnten die ungebremste illegale Migration ab, da sie den Interessen des deutschen Volkes widersprächen, und so sei ihr umgehend Einhalt zu gebieten.

Der Islam müsse unbedingt auch als politische Ideologie betrachtet werden, deren Bestandteile in vieler Hinsicht verfassungsfeindlich seien. Die größte Aufgabe der AfD als Oppositionspartei sei es, die Bevölkerung aufzuklären und damit für das Bewusstsein zu sorgen, das Veränderungen möglich mache.

In seiner Rede (*Video unten*) stellte Dr. Curio fest, dass sich die EU zu einem vielstaatlichen politischen Monstrum entwickelt habe, das die Autonomie der mittlerweile 26 Mitgliedsstaaten aushöhle. Diese EU müsse von innen reformiert werden und wenn das nicht gelänge, habe der Austritt zu erfolgen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit müsse zwischen Nationalstaaten frei von sachfremden angehängten politischen Erpressungs-Regularien erfolgen. Während diese EU ein Mächtegern-Regime sei, wäre die Demokratie in den Nationalstaaten zu finden. Die EU sei wie eine Wohngemeinschaft, in der sich alle am Kühlschrank bedienten, aber keiner den Müll raustragen wolle.

Besonderes Augenmerk legte Curio auf den französischen Präsidenten Macron, der Deutschland die Hand nicht hin – sondern aufhalte. Er wolle die innerstaatlichen Probleme Frankreichs vergemeinschaften, was man ihm nicht durchgehen lassen dürfe. Dies seien die klassischen Symptome eines Mannes, der wahlweise glaube, Napoleon oder Ludwig XIV zu sein. Am Besten wäre es, ihn auf einen Erholungsurlaub nach Elba oder St. Helena zu schicken.

Die EU sei ein ungesunder Zusammenschluss zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Staaten. Die Krankheit der EU sei ihr Subventionssystem. Aber durch die Dauermedikation der Kranken durch die Gesunden würden am Ende alle krank werden. Gute Freunde hätten getrennte Kassen. Diese EU bedeute Entrechtung, gegen die man kämpfen müsse. Die Ausbeutung Deutschlands müsse beendet werden, um die letzte Autonomie unseres Landes zu bewahren. Angesichts des bevorstehenden Crashes wolle man jetzt wohl schnell noch alles

festzurren, damit alle fallen würden, wenn der Absturz beginne.

Scharf kritisierte Curio die Migrationspolitik. Statt den Asylanten in sein Dorf zurückzuschicken, hole man jetzt das ganze Dorf nach Deutschland. Bald würden sich bei uns angesichts der „Refugees welcome“-Hysterie Refugien-Zonen für Deutsche entwickeln. Durch die „Der Islam gehört zu Deutschland“-Politik gehörten jetzt Ehrenmorde, Messerattacken sowie Ratschläge an Frauen, nicht mehr alleine zu joggen und nachts nicht mehr alleine unterwegs zu sein, zu unserem Land. Wir bräuchten keine Willkommens-, sondern eine Verabschiedungskultur.

Unser deutscher Rechtsstaat existiere als Rechtsstaat oder er existiere überhaupt nicht mehr. Deutschland dürfe nicht der Dorftrottel Europas werden, der prahle, wie viele neue Freunde er gewonnen habe, seitdem er ausgenommen werde. Unser Land habe das Recht wie alle anderen Länder, Nationalstaat, Vaterland und Heimat zu sein und auch zu bleiben. Jetzt gelte es, die entscheidenden Weichen zu stellen, daher müsse bei der EU-Wahl alle Kraft auf die AfD gesetzt werden, um die Schäden der Fremdbestimmung zu beseitigen. Hier die fulminante Rede von Dr. Gottfried Curio:

In Kürze folgen weitere Interviews mit Dr. Alexander Gauland und Bernhard Zimniok von der starken Veranstaltung in Erding. Und wer sich nach diesem Beitrag immer noch nicht satt gesehen hat an Curio in Erding, [kann sich hier](#) seinen ebenfalls fulminanten Auftritt einen Tag später in Essen anschauen.

(Kamera: Chris & Michael Stürzenberger)



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Meuthen: Wir prüfen juristische Schritte wegen Söders Nazi-Vorwurf

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Das Donaucenter im niederbayerischen Osterhofen war beim Politischen

Aschermittwoch der AfD mit 960 Bürgern voll besetzt und hatte damit mehr als doppelt so viele Gäste wie die SPD, die sich im benachbarten Vilshofen in einem Gaststättensaal mit nur 400 Zuschauern begnügen musste. Dies dokumentiert den Niedergang der ehemaligen Arbeitnehmerpartei, deren EU-Spitzenkandidatin und Bundesjustizministerin Katarina Barley sowie deren bayerische Landeschefin Natascha Kohnen kein sonderlich großes Interesse auslösten.

Bei der CSU in Passau, die mit 6000 Anhängern in der dortigen Dreiländerhalle noch in einer eigenen Aschermittwochs-Liga spielt, scheinen die Nerven aber angesichts der rechtskonservativen Konkurrenz blank zu liegen. So beleidigte der CSU-Spitzenkandidat Manfred Weber die AfD als „rechte Dumpfbacken“. Parteichef und Ministerpräsident Markus Söder ging noch weiter, indem er an die AfD-Anhänger appellierte, zur CSU zurückzukehren und ihnen zurief: [„Lasst die Nazis in der AfD allein“](#). Diese üble Diffamierung wies AfD-Parteisprecher Prof. Dr. Jörg Meuthen im PI-NEWS-Interview (*oben*) empört zurück und behielt sich rechtliche Schritte vor.

Ende November des vergangenen Jahres wurde bereits der letztjährige SPD-Landtagskandidat, Beisitzer im niederbayerischen Bezirksvorstand und Student Valentin M. Kuby vom Eggenfeldener Amtsgericht zu einer [Geldstrafe von 500 Euro](#) verurteilt, weil er den niederbayerischen AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Protschka, am Mittwoch Gastgeber in Osterhofen, auf Facebook als „Nazi“ beleidigt hatte.

Es zeugt von der Argumentationsleere und geistigen Armut der politischen Gegner, wenn sie dieser demokratischen Partei geradezu zwanghaft den Nazi-Stempel aufzudrücken versuchen. Zumal keine andere Partei so gewissenhaft darauf achtet, keine früheren Mitglieder von national-sozialistisch orientierten Parteien wie der NPD, Die Rechte oder dem III. Weg aufzunehmen. Jörg Meuthen bekräftigte im Interview, dass er es als seine Aufgabe sehe, den Laden in Ordnung zu halten. Das

große gemeinsame Ziel dürfe nicht gefährdet werden, und so würden auch die Versuche des Verfassungsschutzes ins Leere laufen, die Partei unter Beobachtung zu stellen.

Die AfD sei eine rechte Partei, aber keineswegs rechtsextrem oder rechtsradikal. Zuletzt hatte Meuthen auch bei dem Parteitag der baden-württembergischen AfD am 23. und 24. Februar in Heidenheim klargemacht, dass es in der AfD [keinen Platz für radikale Kräfte](#) gebe. Im Interview mit Phoenix machte der Bundessprecher aber klar, dass es hierbei nicht um den Flügel gehe, der ein integrativer Teil der Partei sei:

Hinsichtlich der anstehenden EU-Wahl im Mai betonte Meuthen, dass er an dem Aufbau einer starken rechtskonservativ-freiheitlichen Fraktion mitwirken wolle. Hierzu böten sich vor allem Partner in Italien, Österreich, Schweden und Ungarn an. Viktor Orban sei für ihn ein Wunschkandidat für eine Zusammenarbeit, da sich bei der konservativen EVP-Fraktion jetzt auch erhebliche Zentrifugalkräfte zeigen würden.

Die Vorwürfe der CSU, die AfD wolle die EU zerstören und den Austritt Deutschlands fordern, wies Meuthen als falsch zurück: Die AfD wolle die EU vielmehr verändern. Statt einem europäischen Einheitsstaat befürworte man eine EU der souveränen Nationalstaaten. Daher werde die AfD daran arbeiten, die EU auf einen sinnvollen Kern zu reduzieren.

In seiner kraftvollen halbstündigen Rede in Osterhofen kündigte Jörg Meuthen an, dass die AfD eine Wende einleiten werde:

In den nächsten Tagen folgen weitere PI-NEWS-Interviews vom Politischen Aschermittwoch der AfD mit dem Brandenburger Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz, dem Bundestagsabgeordneten Stephan Protschka, dem EU-Kandidaten Guido Reil, dem rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden Uwe Junge und dem Münchner Landtagsabgeordneten Uli Henkel.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



**AfD begrüßt Salvini
Überlegungen, nach Brüssel zu**

wechseln

Von BEOBACHTER | Der italienische Vizepremier und Innenminister Matteo Salvini hat sich im eigenen Lande zum politischen Superstar entwickelt. Seine rigorose Haltung gegen die weitere Aufnahme von Scheinasylanten, sein Stopp von privaten Seenotrettungs-Schleppern haben ihm den Respekt der migrations skeptischen EU-Mitgliedsstaaten eingebracht.

Auch in Deutschland und hier besonders bei der AfD hat Salvini viele Fans. Salvini erwägt, als Spitzenkandidat einer rechten Parteienallianz bei der EU-Wahl anzutreten und damit für den Posten des EU-Kommissionspräsidenten, meldet die [Basler Zeitung](#).

„Freunde aus verschiedenen europäischen Ländern haben mich darum gebeten, sie haben es mir vorgeschlagen“, sagte der Chef der rechtsnationalistischen Lega in einem Interview mit der Zeitung „La Repubblica“ vom Donnerstag.

Salvini freut sich über den Zuspruch auch von außerhalb Italiens, aber er will sich Zeit lassen, einen Wechsel nach Brüssel zu entscheiden. „Der Mai ist noch weit entfernt. Ich überlege es mir noch“, sagte der Innenminister, laut Bazonline.

Die Alternative für Deutschland (AfD) würde Salvinis Überlegungen unterstützen. „Ich halte Salvini sowohl als italienischen Innenminister für eine ideale Besetzung als auch, dass ich mir vorstellen könnte, dass Salvini eine tragende Rolle in europäischen Institutionen übernimmt“, so AfD-Chef Jörg Meuthen gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters.

Meuthen ist derzeit der einzige AfD-Abgeordnete im Europa-Parlament. Er will für seine Partei als Spitzenkandidat bei der Europa-Wahl antreten. „Salvini wäre ein allemal deutlich besserer Kommissionspräsident als Weber“, sagte Meuthen mit

Blick auf die Bewerbung des deutschen CSU-Politikers Manfred Weber um dieses Amt.

Die Basler Zeitung abschließend:

Meuthen gehört der EU-skeptischen Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) an. Zu dieser Parteienfamilie zählen neben der AfD unter anderem die britische Brexit-Partei Ukip, die italienische Fünf-Sterne-Bewegung und die rechtspopulistischen Schwedendemokraten. Die Europawahl findet vom 23. bis 26. Mai statt.

Ein Gespenst geht um in Europa

☒ ... das Gespenst des aufwachenden Wählers. Und wie reagieren die „Volksvertreter“? Sie bekommen es mit der Angst zu tun und dies zeigt sich in ihren verbalen Ausfällen: Müntefering warnt vor der „rechten Pest“ und meint damit den niederländischen Wahlsieger Geert Wilders.

[Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering](#) rief dazu auf, die „rechte Pest“, die es auch in Deutschland geben, mit Macht zu bekämpfen. „Eine solche Politik versucht im Sinne alter rassistischer Ideen, Probleme auf Minderheiten zu drücken.“ Müntefering spielte damit auf die niederländische Freiheitspartei (PVV) des Filmemachers Geert Wilders an.

Hetze der ganz üblen Sorte. Müntefering sollte sich fragen, ob er sich noch im Spektrum der demokratiefähigen Politiker befindet – seine Verbalentgleisungen weisen eher auf das Gegenteil hin.